S 12 Al 142/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 12 Al 142/97 Datum 19.08.1997

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AL 312/97 Datum 20.04.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der Kl \tilde{A} ¤gerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 19. August 1997 wird zur \tilde{A} ½ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Bemessung des Arbeitslosengeldes (Alg) und der Arbeitslosenhilfe (Alhi) streitig.

Die 1939 geborene Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin bezog von der Beklagten ab 14.07.1992 Alg nach einem w\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)enter bemessungsentgelt von 840,00 DM bzw. ab 26.09.1992 von 890,00 DM. Nach Ersch\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)fung des Anspruches bewilligte die Beklagte mit Bescheid vom 22.11.1993 ab 11.09.1993 Alhi nach einem w\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)enter hentlichen Bemessungsentgelt von 750,00 DM, ab 12.09.1994 von 770,00 DM. Den wegen der Herabbemessung eingelegten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 03.03.1994 zur\(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\)eklagte erhobene Klage S 8 Al 153/94 wies das Sozialgericht Regensburg (SG) mit Urteil vom 19.01.1995 ab. W\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)enden Berufungsverfahrens L 9 Al 40/95 bewilligte die

Beklagte der Klägerin mit Bescheid vom 14.08.1995 ab 10.07.1995 Unterhaltsgeld (Uhg), ebenfalls nach einem Bemessungsentgelt von 770,00 DM, mit Bescheid vom 12.09.1995 wegen Dynamisierung angehoben auf 790,00 DM. Das Bay LSG wies mit Urteil vom 22.10.1996 die Berufung zurýck und die Klage gegen die Bescheide vom 14.08. und 12.09.1995 ab. Die Bemessung der Alhi sei zutreffend erfolgt. Die Bemessung des Uhg sei gemäÃ∏ § 44 Abs.2 Satz 1, Abs.3 Satz 1 Nr.1 AFG ebenfalls rechtmäÃ∏ig. Das Urteil wurde rechtskräftig, nachdem die zum BSG erhobene Nichtzulassungsbeschwerde (7 BAr 70/97) mit Beschluss vom 23.05.1997 als unzulässig verworfen worden war.

Die Klägerin bezog bis 05.06.1996 Uhg und vom 06.06. bis 01.09.1996 Krankengeld (Krg). Die Beklagte bewilligte ihr auf Antrag hin mit Bescheiden vom 05.11.1996 ab 02.09.1996 Alg für die Dauer von 156 Tagen nach einem wöchentlichen Bemessungsentgelt von 790,00 DM und ab 11.09.1996 nach einem solchen von 820,00 DM. Die Klägerin bezog die Leistung bis zur Erschöpfung des Anspruches am 01.03.1997 und erhielt anschlieÃ□end bis 26.05.1997 Krg. Mit Bescheid vom 11.07.1997 bewilligte die Beklagte der Klägerin ab 27.05.1997 bis 02.03.1998 Alhi nach einem wöchentlichen Bemessungsentgelt von 820,00 DM.

Die KlĤgerin hatte bereits gegen die Bescheide vom 05.11.1996 wegen der Bemessung des Alg ab 02.09.1996 und 11.09.1996 Widerspruch eingelegt und geltend gemacht, nach einem Ĥrztlichen Gutachten vom 25.01.1996 sei sie als Altenpflegerin einssatzfĤhig, weshalb sie bei der Bemessung hĶher einzustufen sei. Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 19.02.1997 als unbegrļndet zurļck. Bei der Bemessung des Alg sei das Arbeitsentgelt maÄ□gebend, nach dem das Uhg bemessen worden sei.

Mit ihrer zum SG erhobenen Klage hat die Klägerin weiterhin geltend gemacht, bei der Bemessung des Alg sei von dem Einkommen auszugehen, das eine Altenpflegerin erzielen könne. Ein von ihr gestellter Reha-Antrag sei mit Bescheid vom 12.03.1996 mit der Begrýndung abgelehnt worden, sie könne wieder in ihrem Beruf als Altenpflegerin arbeiten.

Mit Urteil vom 19.08.1997 hat das SG die Klage abgewiesen. Selbst wenn die Bemessung nicht nach $\frac{\hat{A}\S}{112} \frac{112 \text{ Abs.5 Nr.8 AFG}}{\text{Nr.8 AFG}}$ vorzunehmen gewesen w \tilde{A} ¤re, h \tilde{A} ¤tte die Kl \tilde{A} ¤gerin kein f \tilde{A} ½r sie g \tilde{A} ½nstigeres Ergebnis erzielen k \tilde{A} ¶nnen.

Mit ihrer Berufung macht die Kl \tilde{A} ¤gerin weiterhin geltend, als Bemessungsgrundlage f \tilde{A} ½r das Alg sei die T \tilde{A} ¤tigkeit einer Altenpflegerin zugrunde zu legen.

Sie beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 19.08.1997 aufzuheben und die Beklagte unter Ab \tilde{A} nderung der Bescheide vom 05.11.1996 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides verurteilen, ihr h \tilde{A} \hat{A} heres Arbeitslosengeld bzw. h \tilde{A} \hat{A} here Arbeitslosenhilfe zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ1/4ckzuweisen.

Das Alg sei gemäÃ∏ <u>§ 112 Abs.5 Nr.8 AFG</u> entsprechend der bestandskräftigen Bewilligung des Uhg zu bemessen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird im Ã∏brigen auf den Inhalt der Verwaltugnsunterlagen der Beklagten und der Verfahrensakten beider Rechtszù⁄₄ge Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

In der Sache erweist sich das Rechtsmittel als unbegründet. Zu Recht hat das SG die Klage abgewiesen, da die Bemessung des Alg und der Alhi durch die Beklagte nicht zu beanstanden ist.

GemäÃ∏ <u>§ 112 Abs.1 Satz 1 AFG</u> ist das für die Bemessung des Alg ma̸gebende Arbeitsentgelt dasjenige, das der Arbeitslose im Bemessungszeitraum durchschnittlich in der Woche erzielt hat. GemäÃ∏ § 112 Abs.2 Satz 1 AFG in der Fassung des Gesetzes vom 22.12.1993 (BGBI.I S.2353) umfasst der Bemessungszeitraum die beim Ausscheiden des Arbeitnehmers abgerechneten LohnabrechnungszeitrÄxume der letzten sechs Monate der die Beitragspflicht begrýndenden BeschÃxftigungen vor der Entstehung des Anspruches, in denen der Arbeitslose Arbeitsentgelt erzielt hat. Die KlĤgerin hat im Bemessungszeitraum kein Arbeitsentgelt erzielt, sondern bis 05.06.1996 Uhg und bis 01.09.1996 Krg bezogen; durch den Bezug dieser Leistungen hat sie gemäÃ∏ § 107 Satz 1 Nr.5 a und d in der Fassung des Gesetzes vom 20.12.1985 (BGBI.I 5.2484) einen Anspruch auf Alg erworben. GemäÃ∏ § 112 Abs.5 Nr.8 AFG ist in einer Maà nahme mit ganztà zgigem Unterricht das Uhg zuletzt bemessen worden ist. Das Uhg der KlĤgerin ist bis zum Ende des Leistungsbezuges am 05.06.1996 nach einem wäßnchentlichen Arbeitsentgelt von 790,00 DM bemessen worden, weshalb die Beklagte auch das Alg zu Recht ab 02.09. 1996 nach einem wA¶chentlichen Entgelt von 790,00 DM und ab 11.09.1996 nach dem dynamisierten

Entgelt von 820,00 DM bewilligt hat.

Die Heranziehung eines fiktiven Entgelts entsprechend dem Entgelt, das bei Ausübung einer Beschäftigung als Altenpflegerin erzielbar wäre, kommt demgegenüber nicht in Betracht. GemäÃ∏ <u>§ 112 Abs.7 AFG</u> ist von dem am Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort des Arbeitslosen maÃ∏geblichen tariflichen oder mangels einer tariflichen Regelung von dem ortsüblichen Arbeitsentgelt derjenigen BeschĤftigung auszugehen, für die der Arbeitslose nach seinem Lebensalter und seiner Leistungsfänknigkeit unter billiger Berücksichtigung seines Berufes und seiner Ausbildung nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes in Betracht kommt, wenn es mit Rücksicht auf die von dem Arbeitslosen in den letzten drei Jahren vor der Arbeitslosmeldung überwiegend ausgeübte berufliche Tätigkeit unbillig hart wäre, von dem Arbeitsentgelt laut den Abs.1 bis 6 auszugehen oder wenn der letzte Tag des Bemessungszeitraumes bei Entstehung des Anspruches l\(\tilde{A}\)\(\tilde{n}\) ger als drei Jahre zurückliegt. Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Die Klägerin hat innerhalb der letzten drei Jahre vor der Arbeitslosmeldung am 02.09.1996 keine berufliche TÄxtigkeit ausgeļbt, sondern Leistungen der Beklagten und Krg bezogen. Auch liegt der letzte Tag des Bemessungszeitraumes, hier der Uhg-Bezug, nicht l\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) nger als drei Jahre zur\(\tilde{A}\)\(^1\/4\)ck.

Das somit nach \hat{A} § 112 Abs.5 Nr.8 AFG ma \hat{A} ma \hat{A} gebliche Entgelt von 790,00 DM ist auch deshalb heranzuziehen, weil die das Uhg bewilligenden Bescheide vom 14.08. und 12.09.1995 bestandskr \hat{A} ftig und damit auch f \hat{A} die Alg-Bemessung bindend sind (vgl. BSG SozR 3-4100 \hat{A} § 112 Nr.29). Zutreffend hat deshalb die Beklagte der Kl \hat{A} gerin ab 02.09.1996 Alg in H \hat{A} he von w \hat{A} chentlich 294,60 DM und ab 11.09.1996 von w \hat{A} chentlich 303,00 DM bzw. ab 01.01.1997 von w \hat{A} chentlich 297,60 DM bewilligt. Der Leistungssatz richtet sich gem \hat{A} \hat{A} 111 Abs.2 Satz 2 Nr.1 a BFG nach Leistungsgruppe A, da auf der Lohnsteuerkarte der Kl \hat{A} gerin die Lohnsteuerklasse I eingetragen war. Ma \hat{A} gebend ist f \hat{A} die ledige Kl \hat{A} gerin der allgemeine Leistungssatz nach \hat{A} § 111 Abs.1 Nr.2 AFG, da sie kein Kind im Sinne des \hat{A} § 32 Abs.1, 4 und 5 Einkommensteuergesetz hat.

Nach Ende des Krg-Bezuges hatte die Klägerin gemäÃ∏ <u>§ 134 Abs.1 Satz 1 Nr.4</u> a AFG ab 27.05.1997 Anspruch auf Alhi. Das fýr die Bemessung dieser Leistung maÃ∏gebende Arbeitsentgelt ist gemäÃ∏ <u>§ 136 Abs.2 Satz 1 Nr.1 AFG</u> dasjenige, nach dem sich zuletzt das Alg gerichtet hat, weshalb die Beklagte zu Recht das Bemessungsentgelt von 820,00 DM herangezogen hat.

Somit war die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 19.08.1997 zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Gründe für die Zulassung der Revision gemÃxÃabstraction Abstraction Abstraction Gründe für die Zulassung der Revision gemÃ<math>xÃabstraction Abstraction Abstraction Grþr die Zulassung der Revision gemÃ<math>xÃabstraction Abstraction Abstraction Grür die Zulassung der Revision gemÃ<math>xÃabstraction Grür die Zulassung der Revision gemÃ<math>xÃabstraction Grür die Zulassung der Revision gemÃ<math>xÃabstraction GrÃxAbstraction G

Erstellt am: 21.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024